

aus dem Inhalt

- ◆ JP-Kongress
- ◆ EDP Indien
- ◆ IAO-Heimarbeiterskonvention
- ◆ Agrarhandel und WTO
- ◆ Partizipation
- ◆ Verschärfte Abschiebepaxis
- ◆ Europäische Konferenz JP
- ◆ Darfur
- ◆ Atomprogramm des Iran
- ◆ 40 Jahre „Dignitatis Humanae“
- ◆ Luftsicherheitsgesetz

„... und den Menschen Friede auf Erden,“

„dass die Verheißung der Weihnacht Sie erreicht, anrührt und Kräfte freisetzt, für Frieden und Gerechtigkeit zu wirken,

das wünschen wir Ihnen und ein gesegnetes Neues Jahr 2006. Wir danken für alle gute und bereichernde Zusammenarbeit.

Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstelle

Gertrud Casel

Kongress „Die Bedeutung der informellen Wirtschaft zur Erreichung der UN-Millenniumsentwicklungsziele (MDG)“

Menschenwürdige Arbeit für alle in Nord und Süd zu schaffen, kann nur in internationaler Zusammenarbeit gelingen, dies soll am 15. und 16. Dezember 2005 beim internationalen Kongress zu den Themen „Informelle Wirtschaft“ und „UN-Millenniumsziele“ im Kardinal-Schulte-Haus in Bensberg bei Köln deutlich werden. Mitwirken werden Kardinal Martino, der Präsident des Päpstlichen Rates, Michael Sommer, DGB-Vorsitzender, Bischof Dr. Reinhard Marx, Justitia et Pax-Vorsitzender, Verantwortliche aus katholischen Sozialverbänden und Bundesregierung. Sowohl die Anliegen von Arbeitenden in der informellen Wirtschaft als auch die Umsetzung der Millenniums-Entwicklungsziele durch Regierungen und andere Akteure der internationalen Zusammenarbeit werden von Justitia et Pax seit mehreren Jahren begleitet. Der Kongress dient dazu, die Relevanz der sich ausweitenden informellen Wirtschaft in Nord und Süd bei der Gestaltung der Politik zur Umsetzung der MDG herauszuarbeiten und Ansätze der Entwicklungszusammenarbeit, insbesondere der kirchlichen, zu diskutieren.

Die Deutsche Kommission Justitia et Pax beschloss für ihre Arbeitsperiode 2004-2009 in regelmäßigen Abständen Schwerpunkte aus den drei Sachbereichen Entwicklung, Menschenrechte und Frieden sachbereichsübergreifend und öffentlichkeitswirksam zu thematisieren.

Exposure- und Dialogprogramm „Menschenwürdige Arbeit für alle“

Vom 10. bis zum 18. September 2005 führte der Exposure- und Dialogprogramme (EDP) e.V. mit Justitia et Pax und dem DGB das Exposure- und Dialogprogramm „Menschenwürdige Arbeit für alle“ in Indien bei der Self Employed Women's Association (SEWA) durch. Zu den Teilnehmerinnen und Teilnehmern gehörten Ingrid Sehrbrock aus dem DGB-Bundesvorstand, sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fachgewerkschaften NGG (Nahrungsmittel, Genussmittel, Gaststätten) und IG-Metall. Sie lebten mit indischen Frauen, die in städtischer und ländlicher Umgebung mit informellen Tätigkeiten den Lebensunterhalt ihrer Familien erwirtschaften. An den Exposureteilen schlossen sich drei Tage intensiven Austausch mit den Gastgeberinnen und SEWA-Mitgliedern sowie SEWA-Gewerkschafterinnen statt, bei dem es um die wachsende Bedeutung des informellen Sektors bzw. prekärer Arbeitsverhältnisse in Indien und Deutschland ging und seine Konsequenzen für die gewerkschaftliche Arbeit. Für SEWA war es das erste Mal, dass eine Gewerkschaftsgruppe aus der formellen Wirtschaft sich diesem Austausch stellte. Die deutschen Gewerkschafter/innen erlebten eine Arbeitnehmerinnen-Bewegung, die ihren Mitgliedern zu einem Arbeiten und Leben in Würde



Straßenverkauf in
Ahmedabad/Indien

verhilft, sie in ihrem Alltag zeit ihres Lebens als Gewerkschaft begleitet und deshalb ständig steigende Mitgliederzahlen aufweist. Sie wollen diese Erfahrungen in ihren Fachgewerkschaften und im DGB thematisieren.

11 gute Gründe die IAO-Heimarbeitskonvention zu ratifizieren

Das Global Labour Institut in Genf erstellte im Auftrag des DGB, des Evangelischen Entwicklungsdienstes (EED) und von Justitia et Pax eine Broschüre, die die Ratifizierung der Heimarbeitskonvention der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) (C 177) durch die Bundesregierung unterstützen soll. Diese Broschüre wird auf einer Pressekonferenz am 13. Januar 2006 in Berlin vorgestellt werden von Dr. Ursula Engelen-Kefer (DGB) und Prälat Dr. Karl Jüsten, dem katholischen Vorsitzenden der GKKE, die die Lobbyarbeit zum Thema übernommen hat.

Agrarhandel und WTO

Rechtzeitig vor der Ministerkonferenz der WTO vom 13. bis 18. Dezember 2005 erarbeitete Justitia et Pax zusammen mit der Katholischen Landvolkbewegung (KLB) und der Katholischen Landjugendbewegung (KLJB) ein Positionspapier zu den Herausforderungen des Agrarhandels an Handels- und Entwicklungspolitik. Am 6. Dezember 2005 stellten der Vorsitzende der Kommission Bischof Dr. Reinhard Marx zusammen mit dem Moderator für den Sachbereich Entwicklung DDr. Johannes Wallacher, dem Vorsitzenden der KLB Hermann Kroll-Schlüter und dem Vorstandsmitglied der KLJB Christian Schärfl das Papier: „Agrarhandel als Testfall für gerechte Welthandelsbedingungen“ der Öffentlichkeit vor. Das Papier stellt die gemeinsamen Interessen von Bauern und Bäuerinnen der Länder des Südens und Nordens heraus und erläutert die nötigen Reformen, die die WTO angehen muss, damit die Welthandelsbedingungen dazu beitragen, das Ungleichgewicht zwischen armen und reichen Ländern zu verringern und das Recht auf Nahrung zu gewährleisten.

Publikation ab sofort erhältlich als Heft 108 der Schriftenreihe.

Besuch der Generalsekretäre der afrikanischen Bischofskonferenzen und Partizipation

Im September und Oktober 2005 besuchten die Generalsekretäre der afrikanischen Bischofskonferenzen in zwei Gruppen das Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz. Auch die Deutsche Kommission Justitia et Pax erhielt Gelegenheit, ihre Arbeit vorzustellen. Die Generalsekretäre, die insbesondere an der Organisation des politischen Dialogs und gesellschaftlicher Themensetzung durch die katholische Kirche in Deutschland interessiert waren, zeigten Bereitschaft, sich mit dem Themenfeld der Partizipation in der Entwicklungszusammenarbeit und der Rolle der Kirche zur Förderung der Beteiligung der Bevölkerung intensiver zu befassen. Einige wollen dazu mit Justitia et Pax kooperieren und ihre Kooperation in Afrika verbessern. Auf der Basis eines Konzeptpapiers zum Thema, das u.a. mit Misereor erarbeitet worden war, will man im Gespräch bleiben.

Neues zur Partizipation

Die Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) und der Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V. (VENRO) veröffentlichen eine weitere Studie von Dr. Walter Eberlei, INEF Duisburg, zur Beteiligung von Zivilgesellschaft in Armutsbekämpfungsstrategien (PRSP). Die Studie erschien in der VENRO Reihe ‚2015 im Gespräch‘ unter dem Titel: Armutsbekämpfung ohne Empowerment der Armen? (auch in englischer Übersetzung).

Zu beziehen bei VENRO, www.2015.venro.org, Tel: 0228-94677-0.

Nachhaltige Entwicklungspolitik statt Grenzzäune

Die verschärfte Abschiebep Praxis gegenüber afrikanischen Flüchtlingen in Ceuta und Melilla hat der Vorsitzende von Justitia et Pax, Bischof Dr.

Reinhard Marx, am 24.10.05 kritisiert: „Höhere Grenzzäune, die technische Aufrüstung der Küstenwache oder die massenhafte Abschiebung von Flüchtlingen können die Probleme langfristig nicht lösen. Zentrale Aufgabe der Politik besteht darin, die Ursachen zu beheben, die Menschen bewegen, ihre Heimat und ihre Familien zu verlassen ...“

Nur eine kohärente Entwicklungspolitik könne die Ursachen der massenhaften Migration gezielt und effizient angehen. So müsse sich die EU bei der Ministerkonferenz der WTO in Hongkong im Dezember für einen Abbau der Agrarsubventionen einsetzen, damit die Bauern in ihrer afrikanischen Heimat gerechte Preise für ihre Produkte erzielen können.“

Zeitgleich hatte sich Weihbischof Dr. Josef Voss, Vorsitzender der Unterkommission Migration, in einem Interview kritisch zur EU-Asylpolitik geäußert und die Einhaltung der Genfer Flüchtlingskonvention angemahnt. Voss plädierte für eine Verteilung der Lasten des Flüchtlingsschutzes, die nicht allein von den Entwicklungsländern getragen werden könnten. Er äußerte Bedenken gegenüber den Plänen für Auffanglager in Nordafrika.

Europäische Konferenz Justitia et Pax - Studientage zu Migration

Vom 23.- 27. September 2005 fanden in Lissabon die Generalversammlung und die Studientage der Europäischen Konferenz Justitia et Pax statt. Im Rahmen der Generalversammlung hat die Deutsche Kommission für drei Jahre die Präsidentschaft der Europäischen Konferenz übernommen. Als inhaltlicher Schwerpunkt der deutschen Präsidentschaft wurde die Förderung der kirchlichen Beiträge im Bereich der Friedens- und Versöhnungsarbeit festgelegt. Die Studientage 2006 werden dies aufgreifen und in Belfast stattfinden.

Die Studientage 2005 in Lissabon widmeten sich der Migrationsproblematik in Europa. Dabei wurden sowohl die Probleme der Ausgangsgesellschaften, z.B. der Ukraine als auch der Einwanderungsgesellschaften wie z.B. Portugal in den Blick genommen. Die Studientage haben unterstrichen, wie wichtig eine sachgerechte öffentliche Auseinandersetzung mit dem Themenfeld Migration ist. Der konzertierte Einsatz für die Ratifizierung der UN-Konvention zum Schutz der Rechte der Wanderarbeiter und ihrer Familien bietet in diesem Zusammenhang einen wichtigen Ansatzpunkt, menschenrechtliche Gesichtspunkte in den Migrationsdebatten stark zu machen.

Zur aktuellen Lage in Darfur: Nicht wegsehen!

Angesichts der sich verschärfenden Situation in Darfur und der abnehmenden öffentlichen Aufmerksamkeit forderte der Vorsitzende von Justitia et Pax am 20. Oktober 2005 verstärkte Bemühungen zur Lösung der Darfur-Frage. Aktuell gelte es zu verhindern, dass aus Millionen Flüchtlingen Millionen Tote werden. Dies erfordere den Schutz der Flüchtlingslager und der Hilfstransporte. Dass der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag sich der Vorgänge in Darfur annimmt, wurde begrüßt.

Konflikt um das Atomprogramm des Iran

Die Deutsche Kommission Justitia et Pax warnte bei ihrer Herbstsitzung in Bad Honnef am 14./15.10.2005 in einer Erklärung vor einer weiteren Eskalation des Konfliktes um das Atomprogramm des Iran. Noch bestehende Chancen, auf diplomatischem Wege einer Zuspitzung des Konflikts entgegenzuwirken, sollten genutzt werden. Der Iran könne zur Vertrauensbildung in die eigene Politik beitragen, vor allem durch eine uneingeschränkte Zusammenarbeit mit der Internationalen Atomenergiebehörde in Wien (IAEA). In einer konzertierten Initiative sollten die im IAEA-Gouverneursrat vertretenen Staaten auf eine Kompromisslösung hinarbeiten, die eine auch für den Iran wünschenswerte Verbesserung seiner Sicherheitslage in Aussicht stellen würde.

Auf die inakzeptablen Äußerungen des iranischen Präsidenten Ende Oktober, in denen er Israel das Existenzrecht abspricht, hatten Kardinal Lehmann und Bischof Huber in einer gemeinsamen Erklärung unmittelbar mit Empörung und Abscheu reagiert. Der Iran hatte aber auch Anfang November sein grundsätzliches Interesse an weiteren Verhandlungen unterstri-



im Vordergrund: Dr. Joseph Bieger (CH), bisheriger und Weihbischof Leo Schwarz, zukünftiger Präsident der Europäischen Konferenz

chen. Die Bundesregierung setze gemeinsam mit ihren Partnern in der EU auf eine diplomatische Lösung des Problems und stehe dabei auch in enger Konsultation mit weiteren für eine Lösung relevanten Staaten aus den Reihen der „Ungebundenen“, so geht es aus einer Antwort von Botschafter Friedrich Gröning, Abrüstungsbeauftragter der Bundesregierung im Auswärtigen Amt auf die Erklärung von *Justitia et Pax* hervor.

40 Jahre Konzilserklärung „Dignitatis Humanae“

Der 40. Jahrestag der Konzilserklärung zur Religionsfreiheit „*Dignitatis Humanae*“ wurde von der Kommission aufgegriffen, um ein „Memorandum zur Religionsfreiheit“ zu verabschieden, das auf den Lernprozess der katholischen Kirche in der Thematik und die aktuellen Herausforderungen aufmerksam machen soll. Die Stellungnahme erinnert an die historische Wende, die die Kirche mit der Konzilserklärung in ihrem Verhältnis zur religiösen Freiheit vollzogen hat, und macht auf die Verkürzungen und Verfälschungen der Religionsfreiheit aufmerksam, denen diese in den aktuellen gesellschaftlichen und politischen Diskussionen oftmals unterliegt, so z.B. in schul- oder integrationspolitischen Streitfällen. Der Text wurde zum Jahrestag von „*Dignitatis Humanae*“ am 7. Dezember veröffentlicht und soll einen Anknüpfungspunkt für das weitere Gespräch mit Verantwortlichen in Politik, aber auch innerhalb der Kirche bilden.

Luftsicherheitsgesetz

Der Vorsitzende der Deutschen Kommission *Justitia et Pax*, Bischof Dr. Reinhard Marx, hat sich in der Wochenzeitung *Focus* (Ausgabe vom 31.10.2005) zum Luftsicherheitsgesetz geäußert, das von der Bundesregierung vorgelegt wurde und mittlerweile vor dem Bundesverfassungsgericht beklagt wird. Umstritten darin ist der so genannte Abschussbefehl, der dem Bundesverteidigungsminister im Ausnahmefall das Recht einräumt, ein als „menschliche Bombe“ vermutetes Flugzeug durch gezielten Abschuss unschädlich zu machen. Menschenrechtlich und ethisch sind dagegen Vorbehalte anzumelden, da es sich um die Verletzung des Rechts auf Leben der Flugzeugpassagiere zur vermeintlichen, aber nicht zweifelsfrei beweisbaren Rettung des Lebensrechtes von möglichen Opfern einer solchen Flugzeugentführung handelt. Zu befürchten ist, dass durch eine derart flexible Gesetzgebung im Einzelfall der generelle Umgang mit der Menschenwürde auch in anderen Politikfeldern geprägt wird.

Maximilian-Kolbe-Werk

Nachdem der Ständige Rat in seiner Sitzung im Juni den von der Deutschen Kommission *Justitia et Pax* angeregten Beschluss gefasst hat, die Restmittel aus dem Zwangsarbeiterentschädigungsfonds für die Errichtung einer Maximilian-Kolbe-Stiftung zurückzustellen, sind wesentliche Voraussetzungen dafür geschaffen, in der nächsten Zeit an den Aufbau dieser Stiftung zu gehen. Die Stiftung soll dazu dienen, die kirchliche Versöhnungsarbeit zu stärken und weiterzuentwickeln. Im Rahmen der von der Deutschen Kommission *Justitia et Pax* 2003 herausgegebenen „Empfehlungen zum Umgang mit belasteter Vergangenheit“ (Schriftenreihe Heft 102), war die Notwendigkeit einer solchen Einrichtung betont worden.

Die *Weltweite Aktion gegen Hunger*, wird bis zum Ende dieses Jahres weitergeführt. Am 10. Dezember wird der dritte White-Band-Day die Forderungen der Kampagne für die WTO-Verhandlungen veröffentlichen. Nähere Informationen gibt es auf der Webseite www.deine-stimme-gegen-armut.de

Impressum

Deutsche Kommission Justitia et Pax

Kaiserstr. 161, 53113 Bonn

E-Mail: justitia-et-pax-deutschland@dbk.de

Web: www.justitia-et-pax.de

Redaktion: Gertrud Casel